

"Die Wirtschaftsunion, Stufe 2" in Le Monde (4. Januar 1994)

Legende: Am 4. Januar 1994 analysiert die französische Tageszeitung Le Monde die wirtschaftlichen und institutionellen Herausforderungen, die sich aus dem Übergang zur zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ergeben

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Lesourne, Jacques. 04.01.1994, n° 15.220. Paris: Le Monde. "L'Union économique, phase 2", auteur:Le Boucher, Eric , p. 1; 15.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_wirtschaftsunion_stufe_2_in_le_monde_4_januar_1994-de-6bb54e45-734d-4f18-8ccd-867c4d1175ad.html



Publication date: 06/07/2016

Die Wirtschaftsunion, Stufe 2

Zurückhaltung der Zwölf zu Beginn der zweiten Stufe des Maastricht-Vertrags

FRANKFURT

von unserem Korrespondenten

Gemäß dem Maastricht-Vertrag ging die europäische Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar von "Stufe 1" zu "Stufe 2" über. Doch weil sich die Europäer derzeit nur um ihre 17 Millionen Arbeitslosen Gedanken machen, geht dieser Übergang mit Desinteresse und Zweifel einher. Dabei stellt sich die Frage, wer die Verdienste einer Einheitswährung überhaupt noch anpreisen und an das Jahr 2000 denken möchte. Der Blick der zwölf Länder richtet sich auf die Gegenwart und ist von Egoismus geprägt. Bezüglich ihrer Volkswirtschaften kann daher eher von "Divergenz" denn von "Konvergenz" gesprochen werden. Schon verbreitet sich "Europessimismus", und die unbestreitbaren Erfolge Europas – wie dessen einheitliche Haltung beim GATT – können die Bürger bei weitem nicht davon überzeugen, dass ein europäischer Ecu das Allheilmittel darstelle.

Gleichwohl sind die Regierungen trotz der allgemeinen Skepsis bemüht, die Währungsunion voranzutreiben. Und "Maastricht" erhielt unter Verweis auf die wieder stabilen Devisenmärkte neuen Auftrieb. Tatsächlich hat sich bei den Wechselkursen nach den schweren Währungsturbulenzen im September 1992 und im vergangenen Sommer wieder eine gewisse Stabilität eingestellt. Offenbar sind die Finanzmärkte davon überzeugt, dass die gegenwärtigen Paritäten den jeweiligen "fundamentalen" Wert der europäischen Volkswirtschaften widerspiegeln. Nun gilt die Aufmerksamkeit dem Dollar beziehungsweise dem Yen.

Die Zentralbanken sind sich heute sicher, dass das flexibel gewordene EWS durchaus nicht dem Tod geweiht ist. Der Franc musste seine Feuerprobe bestehen und tat dies mit großem Erfolg. Doch bis zum Jahr 2000 werden Frankreich und die anderen Länder noch weitere Prüfungen bestehen müssen. Die einzelnen Währungen können nur aneinander gekoppelt bleiben, wenn sich die Volkswirtschaften stark angenähert haben werden. Von größter Bedeutung ist infolgedessen die reale "Konvergenz".

Das neue EWS, dessen Paritäten zwar festgelegt, aber dennoch anpassbar sein müssen, entspricht damit der Forderung der Bundesbank, der zufolge das EWS bis zur Einheitswährung ein System mit festen, aber anpassbaren Wechselkursen bleiben müsse. Sobald die Annäherung der Volkswirtschaften weit genug fortgeschritten ist – wobei die Deutschen der Qualität dieser "Konvergenz" mehr Bedeutung beimessen als dem Zeitpunkt – werden diejenigen Länder, die bereit sind, am Tag X direkt eine gemeinsame Währung einführen. Bis zu diesem Datum kann jeder frei über seine Geldpolitik bestimmen: Wer die D-Mark weiterhin als Ankerwährung möchte, kann dies tun – allerdings auf eigene Gefahr.

Auf diese Weise wurde der jeweiligen Geldpolitik größtenteils wieder der nationale Stempel aufgedrückt. Wer bei einem Übergang zur Einheitswährung eine schrittweise Zusammenlegung der Geldpolitik anstrebte, wurde von der Bundesbank darauf hingewiesen, dass die Macht über das Geld nicht geteilt werden könne. Jeglicher europäische Beschluss vor dem Tag X führe zu einer Aufweichung der Verantwortlichkeiten und einer Verunsicherung der Märkte und schwäche damit letztlich die Währung.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen lässt sich besser verstehen, dass sich durch die "Stufe 2" der Union nichts Grundlegendes ändert.

Die am 1. Juli 1990 eingeleitete erste Stufe endete mit einer Währungskrise und der Einführung eines neuen EWS. Und das am 1. Januar 1994 gegründete Europäische Währungsinstitut (EWI), das in wenigen Monaten seinen Frankfurter Sitz bezieht (ein weiterer Sieg für die Deutschen), wird nach Maßgabe des Vertrags keinerlei geldpolitische Macht erhalten. In diesem Punkt besteht kein Zweifel. Dieses Institut ist keine Bank, die Geldpolitik bleibt bis zur "Stufe 3" (d.h. bis zum Übergang zur Einheitswährung) in den Händen der souveränen Staaten. Am vorgesehenen Zeitplan soll nicht gerüttelt werden.

Nichtsdestoweniger hat das Institut Arbeit genug, da es *"zur Erfüllung der zum Übergang in die dritte Stufe notwendigen Voraussetzungen beitragen muss"*. Das heißt zur *"Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken"*, *"Überwachung des EWS"*, *"Unterstützung der Entwicklung des Ecu"* und vor allem zur Ausarbeitung *"des gesetzlichen, organisatorischen und logistischen Rahmens"* der künftigen Zentralbank, die in Stufe drei aufgebaut werden wird. Darüber hinaus muss das Institut die Statistiken harmonisieren und europäische Instrumente definieren (beispielsweise eine europäische Geldmasse). Bei der Ausrichtung der jeweiligen nationalen Geldpolitik wird es eine beratende Funktion wahrnehmen.

Doch auch wenn der Wortlaut der Texte eindeutig ist, wird schon jetzt heftig gestritten. Offen ist beispielsweise, welche Rolle das EWI konkret übernehmen und wie der europäische Monetarismus aussehen wird. Zwar wurde die Bekämpfung der Inflation laut Maastricht zum obersten Ziel der künftigen Zentralbank erklärt, doch bietet der Vertrag hierfür keine Methode an. Ginge es nach der Bundesbank, müsste das monetäre Europa nach ihren Vorstellungen gestaltet werden, da sie von der Richtigkeit ihres Ansatzes überzeugt ist und die Deutschen ihrer Meinung nach nur so bereit sind, sich von ihrer Währung zu trennen. Danach muss der Ecu der "große Bruder" der D-Mark sein. Doch die anderen Bevölkerungen von den Vorzügen einer orthodoxen Währungspolitik zu überzeugen, ist kein leichtes ideologisches Unterfangen. Die Erfahrungen in Sachen Inflation und der Stellenwert des Geldes sind in jedem Land unterschiedlich. Das Dilemma ist offenkundig: Um überhaupt existieren zu können, muss das monetäre Europa deutscher Prägung sein; diese wird von den anderen aber nur dann verstanden und akzeptiert, wenn sie nicht zu stark ist.

Bei der gegenwärtigen Kontroverse stellt sich die Frage, ob – wie in Deutschland üblich – ein mittelfristiges Ziel für die Geldmasse festzulegen ist oder ob man sich – wie in den angelsächsischen Ländern – direkt an der Inflationsrate orientiert. Soll eine dezentralisierte europäische Zentralbank den einzelnen Staaten nach wie vor geldpolitische Vollmachten einräumen? Oder ist den Banken wie in Deutschland eine Mindestreserve aufzuerlegen? All diese Fragen werden vom Institut zu beantworten sein.

Mehrere Regierungen bemühen sich darum, die deutschen Vorstellungen aufzuweichen. Dabei geht es zunächst um die Suche nach Schutzmechanismen für die Währungen, die es dem EWS ersparen, bis zum Jahr 2000 wiederholt auftretenden Krisen ausgesetzt zu sein. Anschließend soll versucht werden, die Senkung der Zinssätze in Europa zu beschleunigen und einige von ihnen sogar unter das deutsche Niveau zu bringen. Mit anderen Worten: Der Schatten der übermächtigen D-Mark muss überwunden werden, ohne dass man sich einer verheerenden Attacke der Finanzmärkte aussetzt.

Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Etwa über die Einrichtung einer "gemeinschaftlichen" Verteidigung, wie dies bereits im kleinen Rahmen die Banque de France, der belgische Finanzminister Philippe Maystadt aber auch Leon Brittan getan haben, die sich für die Festlegung *"gemeinsamer Ziele"* in der Währungspolitik noch vor dem Jahr 2000 ausgesprochen haben. Vor diesem Hintergrund hatte die Europäische Kommission in einem ihrer Berichte von *"einer konzertierten Senkung"* der Zinssätze in Europa gesprochen. Doch ein derart plumper Vorschlag wurde von der Bundesbank unverzüglich aus dem Text entfernt. Gleichwohl ist die Kontroverse damit noch nicht beendet. Künftig geht es hierbei um die Rolle des EWI, das – auch wenn es keine Bank ist – trotzdem *"die Zusammenarbeit"* der Zentralbanken stärken muss. Zwar ist Zusammenarbeit nicht mit Vergemeinschaftung gleichzusetzen, doch verwischen die Grenzen zwischen beiden.

Die Hoffnung ist gering, die Deutschen davon zu überzeugen, dass der Übergang zur Einheitswährung einer etwas abgestufteren Vorgehensweise bedarf, als diese sich das vorstellen. Allerdings gründet diese Hoffnung auf einer Schwächung der D-Mark, die aufgrund der schlechten Konjunkturlage in Deutschland und des Dollaranstiegs im ersten Halbjahr 1994 eintreten könnte. Diese Schwächung könnte Anlass dafür geben, *"Vorschläge zur aktiven Kooperation"* auszuarbeiten, die den Beginn einer gemeinsamen Geldpolitik zwischen Deutschland und den anderen Kernländern des EWS – Frankreich, Dänemark und die Beneluxstaaten – darstellen könnten. Dies wäre gewissermaßen die Aussicht auf ein kleines monetäres Europa mit sechs Ländern.

ÉRIC LE BOUCHER